



Seite 3: Flamingos und Feuerwehrautos



Seite 4/5: 1. Mai im Salzlandkreis



Seite 7: Die deutsche Außenpolitik während des Kalten Krieges muss aufgearbeitet werden

DIE LINKE ZEITUNG

05/2019

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

Mach ´ das Gemeinsame stark – Wähle DIE LINKE Kurzwahlprogramm zur Kreistagswahl 2019



Die Spitzenkandidat*innen in den Kreistagswahlbereichen I bis VII: Elke Reinke, Bianca Görke, Wolfgang Weißbart, Sabine Dirlich, Christian Behlau, Lothar Boese, Ernst-Hermann Brink; Fotos: privat

Du willst Dich einmischen, weil Du vieles schön und erhaltenswert findest, vieles aber Dich auch nervt und frustriert?

Wir sind im Europaparlament, im Bund, den Ländern und in den Kommunen politisch aktiv, aber wir wollen die Politik wieder nach Hause holen, sie vom Kopf auf die Füße stellen. Wir nehmen nicht länger hin, dass die Reichen und Bürokraten sich „OBEN“ nennen, und die mit vielen Ideen aber wenig Geld „UNTEN“ genannt werden.

Du siehst auch, dass die wenigen Superreichen zu viel Macht und Geld haben und Du willst daran etwas ändern?

Wir haben ein gerechtes Steuerkonzept, das Geld von „OBEN“ nach „UNTEN“ holen kann und

den Kommunen wieder Luft zum Atmen gibt. *Dich treibt es um, dass Krieg inmitten unserer Welt Normalität zu werden scheint?* Uns auch! Wir sind eine engagierte Friedenspartei.

Dich ärgern Schulschließungen, steigende Kita-Gebühren, Warteschlangen beim Arzt, lahmes Internet und zu wenig Bahn- und Busangebote? Wir wollen eine bessere Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass die Dinge, die wir im Alltag brauchen auch für alle zugänglich, in Städten und in den ländlichen Räumen. Was alle brauchen, muss öffentlich sein.

• Wir brauchen mehr Anerkennung und Unterstützung für die Menschen, die sich eh-

renamtlich in Feuerwehr, Sportverein und sozialen Projekten engagieren.

- Wir brauchen mehr Personal in Schulen, damit kein Unterricht ausfallen muss.
- Wir brauchen gebührenfreie Kitaplätze, die auf kurzen Wegen erreichbar sind.
- Wir brauchen eine gute medizinische Versorgung – in Stadt und Land.
- Wir brauchen ein breites Angebot an Bus und Bahn, das denen nutzt, die es nutzen wollen und das für Kinder kostenfrei ist.

- Wir brauchen einen Internetausbau ohne weiße Flecken auf der Landkarte.

Wir können Vieles, nur nicht abheben

Nicht erst seit den Kommunalwahlen von 2014 arbeiten wir als LINKE im Kreistag, in Stadt- und Gemeinderäten. Wir haben alle unsere Entscheidungen auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit gestellt. Und das bleibt auch so.

Gestaltung des Lebens in Gemeinden und Städten wiedergewinnen

Kommunale Selbstbestimmung hat durch den Einfluss von Banken, Konzernen und Aktionären Schaden genommen. Wir werden die Welt nicht aus Staßfurt oder Calbe retten. Aber deshalb werden wir noch lange nicht den Mund halten über Zustände, die wir ungerecht finden.

Wir stehen für eine Kooperation mit demokratischen Parteien und Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen, fortschrittlichen Arbeitsgemeinschaften, Sportvereinen und vielen anderen. Wir sind nicht zu gebrauchen für eine Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten. Wir wollen Protest mit demokratischer Veränderung begegnen, nicht auf dem Weg in's Rückwärts-Deutschland.

Mit öffentlichen Verwaltungen wollen wir gut, aber auch kritisch zusammenwirken. In den kommunalen Eigenbetrieben soll es fair und sozial zugehen.

Wir wollen das öffentliche Geld im reichen Deutschland so verteilen, dass Städte und Gemeinden auch Gestaltungsmöglichkeiten haben und nicht nur Streichzwänge.

Was alle brauchen, soll öffentlich sein

Wir wollen eine Schule für alle, sonst verschenken wir Talente. Deshalb brauchen wir auch weiter die Schule im Ort, kurze Wege für kleine Beine. Schulverlust ist Kulturverlust.

Der Salzlandkreis hat vor allem mit der Hochschule Anhalt in Bernburg bedeutende Kapazitäten in der Wissenschaft und Bildung. Deshalb setzen wir uns für die Weiterentwicklung dieser Kapazitäten ein. Viel reicher können wir im Kreis nicht werden, viel klüger auf jeden Fall.

Wir leben in einem Kulturkreis. Drei Theater, eine Philharmonie, Museen und Musikschulen, Naturdenkmale und eine bedeutende Industriegeschichte. In linker Kommunalpolitik steckt viel Kulturpolitik, mit Leidenschaft und Sachverstand, manchmal auch mit Trotz.

Ein junger Landkreis braucht eine gute Förderung von Mobilität. Die Dörfler sollen in's Theater kommen, und die Städter zum Erntefest. Für Bahn und Radwege haben wir

richtig gute Ideen.

Wer schon nicht reich ist, sollte wenigstens online sein. Heutzutage bist du entweder digital oder abgehängt. Auch deshalb setzen wir uns energisch für Breitbandausbau auf höchstem Niveau ein.

Der Salzlandkreis ist reich an Traditionen im Breitensport. Wir unterstützen das gern. Das Ehrenamt im Sport verdient und braucht mehr Anerkennung

Doch – Wirtschaft können wir auch

Der Salzlandkreis war einst ein bedeutender Industriestandort, bis die Treuhand kam. Wir schätzen die Initiativen von Klein- und Mittelständischen Unternehmen und das Engagement im Handwerk, im Gewerbe und in Industriebetrieben und fördern deren Entwicklung.

In der Landwirtschaft setzen wir uns für die Chancengleichheit ostdeutscher Agrarunternehmen ein. Grund und Boden gehören nicht in die Hand von Spekulanten. DIE LINKE hat rechtzeitig erkannt, dass die Zukunft der Energiewirtschaft in den Erneuerbaren Energien besteht.

Die kommunalen Unternehmen im Landkreis verdienen auch weiterhin unsere Unterstützung und kritische Begleitung.

Datenschutz gilt für alle gleichermaßen, es geht nicht an, dass Konzerne sich freikaufen und kleine Unternehmen von Bürokratie erdrückt werden.

Der Fortbestand der kommunalen Wohnungswirtschaft liegt uns am Herzen. An viele gute Erfahrungen wollen wir hier anknüpfen.

Seit Jahr und Tag stehen wir für eine humanistische und soziale Arbeitsmarktpolitik. Als Gegner des „Hartz-IV-Systems“ kümmern wir uns um die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen. Wer seine Arbeit verloren hat, darf nicht auch noch seine Würde verlieren.

Für eine neue Kultur des Miteinander

Mit der deutschen Einheit ist vieles besser geworden, aber es wurde auch neue Zwietracht gesät. Wir wollen nicht, dass die Ellenbogen-Gesellschaft über das solidarische Miteinander siegt.

Und auch für dieses neue Miteinander können wir etwas tun, als Ossi's allemal! Wir wollen das Land von unten verbessern. Wir stehen deshalb für eine weitaus höhere Wertschätzung des Ehrenamtes ein, auch mit mehr Geld.

Die Feuerwehren im Landkreis sind ein Musterbeispiel bürgerschaftlichen Engage-

ments. Sie verdienen unsere tätige Unterstützung.

Wir setzen uns für das Konzept des nicht ausgrenzenden Zusammenlebens – Inklusion genannt – ein.

Der Salzlandkreis ist reich an Erfahrungen von Seniorinnen und Senioren. Schön, dass wir älter werden, aber die Älteren müssen das auch als Lebensgewinn empfinden können. Die Senior/innen-Vertretungen im Landkreis wollen wir als willkommene Partner respektieren. Andererseits brauchen wir auch die kritische und fordernde Weisheit der Jugend.

Die öffentliche Sicherheit im Landkreis ist ein Reizthema geworden. Wir brauchen eine gut funktionierende Polizei und Justiz. Wir setzen uns dafür ein, dass an der Polizei-Hochschule in Aschersleben mehr und noch bessere Nachwuchsausbildung erfolgt. Die Folgen von Kriminalität sind teurer als eine ordentlich aufgestellte Polizei.

Seit 2015 haben wir in den Kommunen ganz neue Erfahrungen im Umgang mit geflüchteten Menschen gemacht, auch im Salzlandkreis. DIE LINKE hat sich in Kooperation mit Vereinen und Kirchen humanistisch und couragiert eingebracht. Wir setzen uns dafür ein, viel mehr für Entwicklungshilfe als für Krieg und Rüstung auszugeben.

Wir hatten 1989 nicht erwartet, dass nach 30 Jahren noch so vieles ungleich ist in Deutschland. Bei Löhnen und Renten, bei der Besetzung von Chefsesseln. Aber dies kann uns Ostdeutschen keiner nehmen: Die guten und schlechten Erfahrungen des Umbruchs. Deshalb gilt: Selbstbewusst für den Osten!

Europa? Europa!

Es ist doch richtig, dass die Europäische Union unter zu viel Bürokratie leidet. Aber viel wichtiger ist: Die Europäische Union leidet unter zu wenig politischer Vision und deren Umsetzung.

Wer wollte 2019 einer Schülerin in Könnern oder Barby erklären, dass ihre Freundschaften nach Marseille und Dublin wieder an Grenzen enden sollten? Wir wollen das nicht. Wir wollen ein sozial und humanistisch verfasstes Europa. Wir wollen auch ein gutes Verhältnis zu Russland.

Deshalb werben wir um Deine Stimme zur Europawahl am 26. Mai 2019.

Gemeinwohl ist wichtiger als Profit

MdB Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken-Bundestagsfraktion

In einem der wohlhabendsten Länder der Erde könnte auch unsere Gesellschaft unglaublich reich sein. Wir könnten tolle Schulen haben, funktionierende Nachbarschaften, eine gute kommunale Infrastruktur für alle. Stattdessen gibt es eine verbreitete Abstiegsangst in der Bevölkerung, es gibt Zwietracht und Frustration.

Bürgerämter sind unterbesetzt, Bahnhöfe werden aus Kostengründen zugemacht und Buslinien gestrichen. Viele Angehörige sind Zeugen einer katastrophalen Situation bei der Pflege und haben Angst vor dem eigenen Lebensabend im Heim oder davor, selber einmal in einer Klinik in einem Bett auf dem Flur auf Hilfe zu warten. Mieterinnen und Mieter werden mit horrenden Mietensteigerungen aus ihrem Viertel verdrängt. Andere müssen ihre Familienplanung vorzeitig beenden, weil sie selbst als Gutverdienende keine erschwingliche größere Wohnung finden.

Einige wehren sich jetzt und fordern die Enteignung von Wohnungsunternehmen. Diese Forderung ist legitim und wird von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt. Sie ist auch Ausdruck der Unzufriedenheit von Menschen, die genug vom Dogma des schlanken Staates haben. Und die sich von einem Markt bedroht fühlen, der es zwar nicht schafft, die Menschenwürde in Pflegeheimen und Krankenhäusern zu garantieren, Züge pünktlich fahren zu lassen oder ehemals kommunale Dienstleistungen besser und sozialer zu erledigen, dafür aber ordentlich Profit generiert.

So wie Bundesregierung und Steuerzahler den Markt in der Finanzkrise vor zehn Jahren vor sich selbst gerettet haben, wird auch heute der Staat gebraucht. Bloß ist es diesmal die Bevölkerung, die vor dem Markt gerettet

werden muss.

In einem schleichenden Prozess hat das Profitstreben das Gemeinwohl immer weiter abgehängt und staatliche Interventionen der schwarzen Null untergeordnet. Das Ergebnis ist eine Normverschiebung, die mit dem in der Verfassung festgelegten Charakter der Bundesrepublik als demokratischer und sozialer Bundesstaat immer mehr kollidiert.

Wenn also große Bevölkerungsteile vom Staat erwarten, dass er die Menschenwürde garantiert und dem Allgemeinwohl Vorrang vor dem Profitinteresse einräumt, dann tun sie das zu Recht. Der Staat ist nicht nur in der Lage, sondern auch in der Pflicht, hier einzugreifen.

Die passenden Instrumente für diese Eingriffe haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes gleich mitgeliefert – und das war kein Unfall, wie es uns die FDP einreden will. Dass die Idee der Vergesellschaftung von konservativer und marktradikaler Seite so scharf angegriffen wird, zeigt, dass man dort eine reale Bedrohung für Kapitalinteressen sieht. Die Angriffe konzentrieren sich auf das Risikopotenzial von Enteignungen für die Vorherrschaft der Konzerne, statt das Entwicklungspotenzial für Demokratie und Gesellschaft zu erkennen.

Was als Aufgabenkritik in der öffentlichen Verwaltung praktiziert wurde und wird, sollten wir unter dem Maßstab des Gemeinwohls und der Menschenwürde auf gesellschaftlich relevante Infrastruktur und Dienstleistungen anwenden: Was können Private leisten, was sollte der Staat wieder übernehmen?

Deshalb fordern wir, in einem ersten Schritt, die seit 1990 erfolgten Privatisierungen nach diesen Kriterien zu evaluieren, mit

einem Schwerpunkt in den ostdeutschen Bundesländern, wo die radikalsten Privatisierungen stattfanden. Als zweiter Schritt sollte eine große Kommission aus Parlamentariern und Regierungsmitgliedern aus Bund und Ländern, Kommunalpolitikern, unabhängigen Institutionen und Transparenzinitiativen eingesetzt werden. Sie soll bis Ende 2020 Vorschläge erarbeiten, welche Aufgaben dem Markt entzogen und in Zukunft staatlich organisiert werden sollen.

Der Zeitgeist hat sich radikal geändert. Was sich noch vor drei, vier Jahren kein Linker getraut hätte laut auszusprechen, ist heute selbstverständlicher Teil politischer Debatten. Die Diskussion um Vergesellschaftung ist ein unübersehbares Zeichen, dass die Ära des Neoliberalismus an ihr Ende gekommen ist.

Noch ist aber völlig offen, in welche Richtung sich die Gesellschaft in Deutschland und Europa entwickeln wird: Hin zur antidemokratischen Autokratie, mit Tendenzen zur Faschisierung, wie wir sie schon beobachten können? Oder schaffen wir es, den Weg in eine neue Ära der Solidarität und des Gemeinsamen zu ebnen?

Ich bin sehr für Letzteres und meine, dass wir die Debatte um Vergesellschaftung und eine Renaissance des Staates zwingend mit der Diskussion um die Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben verbinden müssen – und über den Beitrag, den die immer reicher werdenden obersten zehn Prozent der Bevölkerung, die Börsenspekulanten und die milliarden schweren Konzerne dazu leisten können.

Der Beitrag erschien zuerst am 23. April 2019 in der Frankfurter Rundschau.

Flamingos und Feuerwehrautos

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Jan Kortes letzte Wahlkreiswoche führte ihn u.a. in den Bernburger Tiergarten und zur Freiwilligen Feuerwehr in den Bernburger Ortsteil Aderstedt.

Im Tiergarten stand wieder die jährliche Verlängerung seiner Patenschaft für die Chilenischen Flamingos an. Die Patenschaften für verschiedene Tierarten der Einrichtung werden u.a. für die Rekonstruktion, den Um- oder Neubau von Tiergehegen und die Anschaffung von Tieren eingesetzt. Tiergartenleiter Andreas Filz überreichte ihm für meine 125 € Spende bereits die 8. Patenurkunde.

Im Bernburger Ortsteil Aderstedt war der Abgeordnete bereits zum zweiten Mal bei der Freiwilligen Feuerwehr zu Gast. Zusammen mit Ortsbürgermeister Mike Franzelius berichteten ihm die Kamerad*innen u.a. von



Besuch bei der Feuerwehr Aderstedt; Foto: privat

Erfolgen bei der Nachwuchsarbeit und über die Probleme, die extreme Wetterlagen wir im letzten Jahr, bereiten. Wie Landes- und Bundespolitik die Wehren besser unterstützen können, war ein weiteres Thema. Hier konnte

er viele Anregungen mitnehmen. Eines war in den Gesprächen wieder deutlich zu spüren: Die freiwilligen Helfer*innen brauchen unbedingt mehr gesellschaftliche Wertschätzung für ihren ehrenamtlichen Einsatz.

Die LINKE am 1. Mai in Bernburg dabei

Lothar Boese, Kreisvorsitzender

Unter dem zentralen Motto „Europa: Jetzt aber richtig!“ fand die DGB-Maikundgebung mit anschließendem Familienfest in Bernburg wieder auf dem Karlsplatz statt. Neben den Gewerkschaften ver.di und IG-BAU präsentierten sich auch die LINKE, SPD und die Grünen mit Infoständen. Zu Beginn sorgten die afrikanische Trommelgruppe „Africa Melange“ und die Schalmeienkapelle des Lebendorfer Musikvereins mit einem musikalischen Programm für Aufmunterung. Nach der Begrüßung und Eröffnung der Kundgebung durch Frank Berger von der GEW, der auch die Veranstaltung moderierte, hielt Fabian Pfister, Referatssekretär für Jugend, Bildung und Berufsbildung im DGB Sachsen-Anhalt, die Ansprache. Darin ging es vor allem um die Missstände in der Arbeitswelt, ungleiche Bezahlung, Leiharbeit, befristete Jobs usw. Auch das Thema Europa wurde aus aktuellem Anlass ausgiebig behandelt. Interessant, dass die DGB-Gewerkschaften in Sachsen-Anhalt wieder mehr Zulauf haben. Im vergangenen Jahr wuchs deren Mitgliederzahl nach Aussage des Redners um 4000. Danach gab es politische Grußworte von den drei beteiligten Parteien.

Der LINKE Ortsvorsitzende Jörg Lemmert ging unter anderem auf die „Fünf Punkte der LINKEN für gute Arbeit“ ein. Dies sind: Löhne rauf in ganz Europa. Armutsfeste Mindestlöhne müssen Pflicht werden. In Deutschland sind das 12 Euro pro Stunde. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort statt Billigkonkurrenz. Tarifverträge stärken. Öffentliche Aufträge dürfen nur noch an Betriebe gehen,



Kundgebung auf dem Bernburger Karlsplatz; Foto: privat

die Tarifbindung haben und regional und fair wirtschaften. Tarifverträge müssen auf Antrag der Gewerkschaft allgemeinverbindlich werden. Mehr Zeit zum Leben. Gleicher Lohn. Statt Überstunden und Dauerstress für die einen und unfreiwillige Teilzeit für die anderen: Jeder und Jede hat das Recht auf mindestens 22 Wochenstunden. Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn auf um die 30 Stunden.

Konzerne an die Kette. Wir wollen Mindeststeuern für Unternehmen und große Vermögen, damit die Steueroasen in Europa geschlossen werden. Macht Europa sozial. DIE LINKE will ein Alarmsystem gegen Erwerbslosigkeit und prekäre Beschäftigung. Mindesteinkommen und Mindestrente müssen vor Armut schützen. Die Unternehmen und Reichen müssen ihren gerechten Beitrag leisten.

Das anschließende Kultur- und Familienprogramm wurde durch die Mädchengruppen der bekannten Bernburger Tanzformation „Dance Collection“ gestaltet. Die Bernburger LINKE hatte wie immer die Hüpfburg vom Kreissportbund gemietet, die ausgiebig frequentiert wurde. Außerdem bot sie selbstgebackenen Kuchen gegen Spende zugunsten des Betriebs der Sommerkinderferienstadt „Bärenhausen“. 57 Euro kamen zusammen, die aber noch aufgestockt werden sollen. Die Musik lieferte der in Bernburg bekannte und beliebte Unterhalter Stojan „Stivie“ Stojanov am Keyboard. Anfangs recht kühl und windig, gegen Mittag zunehmend sonnig, war das Maifest mit etwa 200 Teilnehmern dann doch noch recht gut besucht.

Familienfest mit politischem Frührschoppen in Osmarsleben

Lars Lehmann, DIE LINKE Saale-Wipper

DIE LINKE. Saale-Wipper veranstaltete anlässlich des 1. Mai ein Familienfest mit politischem Frührschoppen auf dem Festplatz in Osmarsleben. Für die Kinder waren mit einer Hüpfburg und mehreren Spielgeräten und Spielen sowie einer Bastelecke zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben, die auch intensiv genutzt wurden.

Als Gesprächspartner war der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE., Andreas Höppner vor Ort und konnte mit mehreren Besuchern ins Gespräch kommen. Im Fokus standen dabei insbesondere die Probleme der Entwicklung im ländlichen Raum, hier vor allem die vielerorts mangelnde Finanzausstattung der Kommunen und die dadurch stark eingeschränkte Handlungsfähigkeit. Wie man dem Kontext entnehmen konnte, wird diese mangelnde Handlungsfähigkeit



Unterstützung für den Dorfkclub Osmarsleben; Foto: privat

vieleorts durch ehrenamtliches Engagement aufgefangen.

Dies ist auch in Osmarsleben der Fall, hier ist der Spielplatz nicht mehr in einem zeitge-

mäßen Zustand und der Stadt Güsten werden die finanziellen Mittel für die freiwilligen Aufgaben, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung, durch die Kommunalaufsicht des Salzlandkreises immer auf ein Minimum reduziert. Hier bringt sich der Dorfkclub Osmarsleben seit letztem Jahr ein und sammelt im Rahmen seiner Veranstaltungen Spenden für die Anschaffung eines neuen Spielgerätes bzw. hat aus den eigenen Einnahmen der Veranstaltungen einen Teil hierfür fest eingeplant. Die Aktion des Dorfkclubs wurde durch eine Spende der Mandatsträger in Höhe von 150,- € unterstützt. Die Linken-Abgeordneten in Saale-Wipper spenden regelmäßig einen Teil ihrer Mandatsträgerbeiträge an verschiedene Vereine und Institutionen, um deren ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen. Weitere Spenden kamen im Rahmen der Veranstaltung von Besuchern zusammen.

Maifest auf dem Bierer Berg

Christa Beier, DIE LINKE ELSALAND

Bei strahlendem Sonnenschein fand zum wiederholten Male die 1. Maifeier der LINKEN auf dem Bierer Berg in Schönebeck statt. Nach dem Lied „Gut wieder hier zu sein, begrüßte Sabine Dirlich die etwa 400 Gäste und Teilnehmer und informierte über das umfangreiche Programm. Wie immer waren auch die IG Metall, die IG Bau, der DGB und der ACE mit einem Stand vertreten. Besonders herzlich begrüßte Sabine die Landtagsabgeordnete Eva von Angern, die auch als Co-Moderatorin mitwirkte. Zum wiederholten Mal stattete der Oberbürgermeister von Schönebeck Bert Knoblauch der Veranstaltung einen Besuch ab und wurde herzlich von Sabine Dirlich begrüßt. In dem kurzen Interview ging es um kommunalpolitische Themen. Neben den zahlreichen musikalischen, tänzerischen und turnerischen Darbietungen gab es natürlich auch Politik. Der Kabarettist Lars Johansen ging sehr humorvoll z. B. mit den Entscheidungen der Parlamente in Magdeburg und in Schönebeck mit den Tunnelbauten um. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete und jetzt Mitglied des Ortschaftsrates der LINKEN ELSALAND, Roland Claus, stellte die Erik-Neutsch-Stiftung vor und informierte über Veranstaltungen über Erik-Neutsch und Werner Tübke. Da



Tanzgruppe beim Maifest auf dem Bierer Berg; Foto: privat

in diesem Jahr Wahlen sind, stellte Sabine Dirlich auch die anwesenden KandidatInnen für die Ortswahlen und den Kreistag vor. Danach ging das Programm mit Turn- und Tanzdarbietungen weiter. Erstmals war die Sängerin Luise Baack mit einem selbst geschriebenen Titel vertreten. Neue Akteure waren auch ein DJ und ein Zauberer.

Das Programm wurde abgerundet durch den Verkauf von Fair-Handels-Produkten und durch ein Wissensquiz, an dem sich viele Be-

sucher beteiligten. Es gab nach Auswertung auch drei Preise.

Es war wie immer eine sehr schöne Veranstaltung. Besonderer Dank geht an Ina Köhnkowitz, die alles gut organisiert hat und an Sabine Dirlich, die wie immer souverän durch das Programm führte. Hervorzuheben ist auch die musikalische Umrahmung durch den Genossen Andreas Schneidewind, der auch Mitglied des Ortschaftsrates ELSALAND ist.

1. Mai beim Kirschblütenfest in Staßfurt

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender

Seit Etablierung des Kirschblütenfestes zum 1. Mai am Stadtsee in Staßfurt beteiligt sich unsere Partei in enger Verbindung mit der Stadtratsfraktion. Bei dieser sechsten Auflage war kaum noch der Anlass, der „Tag der Arbeit“ zu spüren. Nicht in der Eröffnungsrede und auch nicht an anderen Ständen von Parteien.

Wir waren wiederum die Einzigen, die auf den politischen Hintergrund des Tages mit Transparenten, Wissensquiz und weiterem politischen Material hinwiesen. Dank unseres Mitgliedes Boris Funda war es gesichert, dass wir unseren Wahlflyer für die anstehenden Stadtrats- und Kreistagswahlen den vielen Besuchern des Stadtfestes zum Nachlesen mitgeben konnten. Mit den etwa 200 Wahlzeitungen, durch Kugelschreiber zusammengehalten, waren sie in den frühen Nachmittagsstunden mit freundlichen Gesten und anregenden Gesprächen schnell verteilt. Mit Interesse und Dank wurden sie angenommen.

Ein Magnet, vor allem für Kinder, war natürlich wiederum unser Glücksrad. Gefühlte 500 Mal gedreht, wanderten Überraschungen aus den 6 Kartons an die Glückspilze. Renner bleiben weiterhin unsere Kugelschreiber.

Nach einem abgestimmten Einsatzplan war immer eine ausreichende Besetzung des



Infostand bei Kirschblütenfest; Foto: privat

Standes durch Mitglieder des Ortsvorstandes, der Stadtratsfraktion und weitere Genossinnen und Genossen gesichert.

Nach einem erfolgreichen Tag der praktizierten Öffentlichkeitsarbeit von 10.00 bis 17.00 Uhr am Stand, fanden sich zum Schluss 10 Aktive zusammen, die den Stand, im Zentrum natürlich unser roter Pavillon, in guter

Hand-in-Hand-Arbeit zusammenräumten. Auch die mitgebrachte Buchpräsentation war um einige Exemplare geschmolzen.

Im Namen der Vorstände bedanke ich mich bei allen herzlich und ermuntere sie, am 12.5. beim EU - Familientag auf dem Benneckschen Hof wieder dabei zu sein.

Landtagsticker

MdL Kerstin Eisenreich

Vollbetreute Menschen dürfen am 26. Mai endlich wählen

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 29. Januar 2019 geurteilt, dass der Wahlauschluss von „für in allen ihren Angelegenheiten betreute“ Menschen verfassungswidrig ist. Die Verfassungswidrigkeit der Regelung stütze sich auf eine Ungleichbehandlung gesetzlich Vollbetreuter gegenüber vergleichbar Betreuungsbedürftigen ohne gesetzlichen Vertreter. Um diesen Missstand noch vor der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 auszuräumen, hat der Landtag eine entsprechende Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes verabschiedet.

Pflegekinderwesen verbessern, mehr Hilfe insbesondere für Alleinerziehende

Auf Grundlage der Ergebnisse einer Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Pflegekinderwesen in Sachsen-Anhalt fordert der Antrag die Landesregierung auf, gleich-

wertige Rahmenbedingungen für Pflegeeltern in Sachsen-Anhalt – insbesondere im Hinblick auf Zusatzbeträge, Erziehungsbeiträge, Beihilfen, Kosten für Weiterbildungen und Ferienfreizeiten – zu schaffen. Da die Große Anfrage unter anderem aufzeigt, dass über 50 Prozent der Pflegekinder aus alleinerziehenden Herkunftsfamilien stammen, sollen darüber hinaus Hilfen und Unterstützung für Alleinerziehende in Sachsen-Anhalt ausgebaut werden. Der Landesverband für Pflege- und Adoptiveltern im Land Sachsen-Anhalt e. V. soll zudem künftig institutionell gefördert werden. <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d3273dan.pdf>

Blühende Landschaften für Sachsen-Anhalt

Der alarmierende weltweite Verlust an biologischer Vielfalt in der Kultur- und insbesondere in der offenen Agrarlandschaft ist inzwischen Konsens in der Wissenschaft. Dabei steht meist der Verlust an bestäubenden

Insekten im Zentrum der öffentlichen Diskussion, weil dieser unmittelbar die dramatischsten Auswirkungen hat. Gleichzeitig muss dies aber auch als Zeichen für einen gravierenden Wandel im gesamten Ökosystem verstanden und diskutiert werden. Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung daher auf, einen umfangreichen und konkreten Maßnahmenkatalog gegen die Entwicklung umzusetzen. Unter anderem soll die Flächenversiegelung im Sinne einer nachhaltigen Landschaftsentwicklung minimiert, räumliche und funktionale Biotopverbunde geschaffen, das Blühstreifenprogramm erweitert und der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft minimiert werden.

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im April 2019 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.

Kreistagsfraktion übergab Spende an das Inklusionsnetz Staßfurt

Klaus Magenheimer, Fraktionsassistent

Eine turnusmäßige Zusammenkunft der Mitglieder des Netzwerkes nahmen die Mitglieder der Kreistagsfraktion Ernst-Hermann Brink, erster Stellvertreter des Kreistagsvorsitzenden und Klaus Magenheimer im Bürgerhaus zum Anlass, um unter Freude der anwesenden Mitglieder eine Geldspende in Höhe von 500 EUR feierlich zu überreichen. Die Gleichstellungs- und Inklusionsbeauftragte der Stadt, Christine Fischmann, nahm den symbolischen Scheck unter Beifall entgegen.



Scheckübergabe beim INS; Foto: privat

Die Fraktion würdigt mit der Spende aus dem Solidarfonds das jahrelange Bemühen der Mitglieder, die personellen, materiellen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ermöglicht wird. Gleichzeitig unterstützt die Fraktion die Durchführung der 11. Staßfurter Aktionstage. Sie befinden sich mit MdB Jan Korte und der Landtagsfraktion in der Gemeinschaft der Unterstützer.

Stefan Gebhardt zu Gast im „Linkstreff“

Stefan Gebhardt besuchte im April den Ortsverband Aschersleben auf dessen Einladung. In einem gut einstündigen Gespräch ging es vor allem um die Politikfelder Kommunalfinanzen, Gesundheitssystem, Kultur, Schule - u. a. Kosten für Schulbücher - sowie Fragen zur Außen- und Europapolitik.

Da Stefan für den Vorsitz der Landespartei kandidiert, nutzte es dies auch zur persönlichen Vorstellung und zur Vorstellung seiner Ziele. Die Frage: „Wie wirbt man um Mitstreiter?“ - beantwortete er aus seinen Erfahrungen im Mansfelder Land. Auf die Menschen

Regina Koblischke, DIE LINKE Aschersleben



MdL Stefan Gebhardt im Ascherslebener Büro; Foto: privat

zugehen und sie konkret ansprechen, einbeziehen in die Arbeit, auch wenn sie kein Mitglied sondern Sympathisanten sind. Sein Ziel sei die Partei zu stärken und einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen, insbesondere auch das Augenmerk auf den Landtagswahlkampf 2021 zu richten.

Die deutsche Außenpolitik während des Kalten Krieges muss aufgearbeitet werden

MdB Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken-Bundestagsfraktion

Kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs begann der Kalte Krieg zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion und den von ihnen angeführten politischen und militärischen Blöcken. In der Folge bestimmte die Systemkonfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weltweit Außen- und Sicherheitspolitik. Die auf beiden Seiten unternommenen politischen, wirtschaftlichen, technischen und militärischen Anstrengungen, um den Einfluss des jeweils anderen Lagers weltweit einzudämmen oder zurückzudrängen, standen unter einer klaren ideologischen Freund-Feind-Logik. Die USA und ihre Verbündeten unterstützten dabei zahlreiche Regime und Militärdiktaturen in Afrika, Asien, Europa und Südamerika – denen sie zum Teil durch den Sturz linker Regierungen an die Macht geholfen hatten – und halfen diesen bei der gewaltsamen Unterdrückung der Opposition oder antikolonialen Befreiungsbewegungen.

Beispiele dafür gibt es zu Hauf. Man denke nur an die Beteiligung bundesdeutscher Stellen in den mörderischen Putsch in Indonesien im Oktober 1965, der den bis 1998 diktatorisch herrschenden Generalmajor Suharto in Jakarta an die Macht brachte. Der Militärputsch begann in Reaktion auf einen fälschlich der Kommunistischen Partei Indonesiens (KPI) in die Schuhe geschobenen Umsturzversuch, in dessen Verlauf mehrere Offiziere ermordet worden waren. Anschließend gingen die Militärs mit exzessiver Gewalt gegen tatsächliche oder angebliche KPI-Mitglieder und -Anhänger sowie die chinesische Minderheit vor. Nach verschiedenen Schätzungen fielen diesem Terror bis zu eine Million Menschen zum Opfer; Millionen wurden interniert und bis vor wenigen Jahren gesellschaftlich ausgegrenzt.

Nach Recherchen des Geheimdienstexperten Erich Schmidt-Eenboom lässt sich für die Zeit vor dem Putsch eine enge Abstimmung des BND mit der CIA belegen. Der BND habe dem US-Geheimdienst im April 1961 mitgeteilt, man verfüge „über einen exzellenten Residenten“ in Jakarta. Laut CIA-Akten handelte es sich dabei um Rudolf Oebser-Röder, einen ehemaligen SS-Standartenführer im Reichssicherheitshauptamt, der 1948 in die Organisation Gehlen eingetreten und später in Indonesien auch als Korrespondent für die Süddeutsche Zeitung und die Neue Zürcher Zeitung tätig geworden sei.

In einem Vortragsmanuskript des damaligen BND-Präsidenten Gerhard Wessel aus einer Sitzung des Bundestags-„Vertrauensgremiums“ vom Juni 1968 heißt es, der BND habe nicht nur die indonesischen Militärs bei der blutigen „Zerschlagung der KPI“ mit Beratern, Ausrüstung und Geld unterstützt. Der spätere Staatschef Suharto habe dem BND sogar einen „große[n] Anteil ... am Erfolg“ der Operation zugeschrieben. Bis heute verweigert die Bundesregierung die Aufklärung der deutschen Beteiligung an den Verbrechen.

Oder man denke an die Aktivitäten deutscher Geheimdienste in Griechenland und die Zusammenarbeit mit der zwischen 1967 und 1974 herrschenden Obristendiktatur. Die Militärs waren mit Hilfe der von der NATO in ihrem Machtbereich gegründeten Gladio-Geheimorganisation an die Macht gekommen und herrschten äußerst blutig. Vor, während und nach ihrer Herrschaft pflegte der BND eine enge Zusammenarbeit mit dem griechischen Partnerdienst KYP. Weil „Griechenland NATO-Partner war und ist“, sind aus Sicht der Bundesregierung „nachrichtendienstliche Sachverhalte, die noch nicht 60 Jahre oder länger zurückliegen, [...] in der Regel weiterhin geheimhaltungsbedürftig.“

Oder aber man denke an Chile. Am 11. September 1973 putschten mit Hilfe der CIA rechte Militärs um General Pinochet die demokratisch legitimierte Regierung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende aus dem Amt. Was den BND aber nicht dazu brachte, seine – vorwiegend über Nazi-Massenmörder gehaltenen – Kontakte zu chilenischen Geheimdiensten oder zur deutschen Sekte „Colonia Dignidad“, die den Putschisten als Folterbasis diente und auf deren Gelände vermutlich mehr als 100 ermordete Oppositionelle verscharrt wurden, abzubrechen.

Die nach außen hin viel beschworenen westlichen Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten wurden während des mehr als vier Jahrzehnte andauernden Konflikts zugunsten einer Zusammenarbeit mit rechtsgerichteten Diktaturen zurückgestellt. Anstatt die Zusammenarbeit einzustellen oder zu versuchen die diversen Diktaturen politisch zu isolieren und oppositionelle Demokratiebewegungen zu unterstützen, verbesserten sich in der Regel die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen der Bundesrepublik nach der Übernahme der Macht durch

rechtsgerichtete Regime und stabilisierten diese. So unter anderem mit:

Portugal (1933-1974), Spanien (1939-1975), Griechenland (1967-1974), Paraguay (1954-1993), Brasilien (1964-1985), Bolivien (1964-1982), Chile (1973-1998), Argentinien (1976-1983), Südafrika (1948-1994) und Indonesien (1965-1998).

Auf der anderen Seite leistete die DDR den sozialistischen Staaten und marxistischen Befreiungsbewegungen in Afrika und im Nahen Osten nicht nur humanitäre und technische, sondern auch militärische Hilfe. Ostdeutsche Ausbilder und Militärberater, Pioniere und Techniker unterstützten Armeen und Guerillatruppen u.a. in Angola und Moçambique, in Algerien, Libyen, dem Irak, Syrien, Südjemen, Äthiopien, Guinea-Bissau, Benin, Nigeria, der Volksrepublik Kongo, in Tansania und Sambia. Waffen und technisches Material wurden geliefert, Sicherheitspolizeien mit Hilfe der DDR aufgebaut, um „die Konsolidierung der Siege der Revolution“ zu gewährleisten.

Eine systematische Aufarbeitung der deutschen Außenpolitik während des Kalten Krieges ist bis heute nicht erfolgt, obwohl in keiner Weise auszuschließen ist, dass deutsche Regierungen während dieser Zeit mittel- oder unmittelbar mitverantwortlich an massiven Menschenrechtsverletzungen geworden sind. Auf meine bisherigen Kleinen Anfragen reagierte die Bundesregierung eindeutig: Ein eigenes Aufklärungsinteresse gibt es nicht. Wer will könne sich ja beim Bundesarchiv lagernde Akten ansehen.

Wir werden deshalb einen entsprechenden Antrag in den Bundestag einbringen, damit eine unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der deutschen Außenpolitik während des Kalten Krieges eingerichtet und ein Untersuchungsauftrag formuliert wird, der alle Aspekte der deutschen Außenpolitik während des Kalten Krieges und insbesondere daraus resultierende Verantwortlichkeiten für Menschenrechtsverletzungen in den Blick nimmt. Der Historikerkommission muss dann selbstverständlich freier Zugang zu allen für den Auftrag notwendigen Akten garantiert und eine ausreichende Finanzierung sichergestellt werden. Es wird Zeit.

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im Mai
recht herzlich**

Zum 96. Geburtstag
Anneliese Friedrich

Zum 95. Geburtstag
Rudi Zinnick

Zum 94. Geburtstag
Elly Richter

Zum 91. Geburtstag
Frieda Wunderling

Zum 87. Geburtstag
Lieselotte Röhreich
Hans Wrkoslav

Zum 84. Geburtstag
Adelheid Müller
Walter Blauwitz

Zum 81. Geburtstag
Heinz Schönfelder
Inge Werner

Zum 65. Geburtstag
Renate Meyer

Zum 80. Geburtstag
Manfred Kretschmann

Zum 75. Geburtstag
Uwe Genau



**Wir gratulieren auch allen
anderen Leser*innen, die im
Mai Geburtstag haben.**

Webmaster gesucht

Der Kreisvorstand sucht eine
Betreuerin/einen Betreuer für die
Internetseite des Kreisverbandes
(www.dielinke-salzlandkreis.de.)

**„Kaffee mit Links im Büro von
MdL Hildebrandt und MdB Korte**
Am **12.06.2019 ab 16 Uhr** gibt es
wieder die Gelegenheit, im Bernburger
Wahlkreisbüro bei Kaffee und Kuchen
ins Gespräch zu kommen.

Landesparteitag in Burg
Am **29. und 30.06.2019** findet die
1. Tagung des 7. Landesparteitages
in der Stadthalle in Burg statt. Im
Mittelpunkt steht u.a die Wahl eines
neuen Landesvorstandes.

Ortsversammlung in Hecklingen
Der Ortsverband Hecklingen trifft
sich am **18.06.2019 ab 18 Uhr**
wieder im Vereinsheim auf dem
Hundeplatz.

Wahlkreistag von MdB Jan Korte
Der Abgeordnete ist am **23.05.2019** in
Bernburg unterwegs.

**Termine im „Linkstreff“
Aschersleben**
Im Ascherslebener Büro (Oststraße
5) gibt es immer am 1. und 3. Montag
im Monat von 15 bis 17 Uhr eine
LINKE Sprechstunde und immer
am 2. Montag im Monat das **„Kaffee
mit Links“**.

Nachruf
In stiller Anteilnahme
Manfred Tischer
OV Aschersleben
Kreisvorstand



**Sitzung der Fraktion DIE LINKE.
im Kreistag Salzlandkreis**
Die nächste Sitzung findet am
20.05.2019 um 18 Uhr im Staßfurter
Fraktionsbüro statt.

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst
ausgewogen aus allen Regionen
des Salzlandkreises berichten und
sucht deshalb ständig Beiträge.
Egal ob BO-Sitzung, Vorstandswahl,
öffentlichkeitswirksame Aktion,
Berichte von Mandatsträger*innen
und Abgeordneten. Wir freuen uns
über Beiträge aus allen Bereichen.
Interessent*innen nutzen bitte die
Kontaktdaten der Redaktion .



Sitzung des Kreisvorstandes
Der Kreisvorstand tagt wieder
am **19.06.2019 um 18 Uhr** im
Staßfurter Fraktionsbüro
(Löderburger Straße 94).

ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde
klimaneutral gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 31. Mai 2019.
Redaktionsschluss für diese
Ausgabe war
der 03. Mai 2019.**

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion:

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer

Satz + Layout: Karsten Noack, Iurii
Nechyporenko

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach
Redaktionsschluss eingegangenen
Artikeln kann die Veröffentlichung nicht
garantiert werden.